

Mainz, 8. Oktober 2020

Pressemitteilung

5 Jahre Sommer des Willkommens – Ministerin und Zivilgesellschaft ziehen Bilanz

„Abschottung im 21. Jahrhundert ist keine vernünftige Option“ Dieser Satz von Angela Merkel aus dem Jahr 2015 ist zugleich auch die Bilanz des digitalen Migrationsfachtags 2020. „5 Jahre nach dem Sommer des Willkommens“ richtete sich - organisiert von Initiativ Ausschuss für Migrationspolitik, AK Asyl - Flüchtlingsrat RLP, Aktiv für Flüchtlinge RLP und Heinrich Böll Stiftung RLP - der Blick auf das, was bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen seit 2015 erreicht wurde und was noch zu tun bleibt..

In drei regionalen Fachpanels mit den Schwerpunkten Arbeit, Bildung und ehrenamtliches Engagement sowie einem Online-Vortrag von Dr. Olaf Kleist und einer Podiumsdiskussion mit Integrationsministerin Anne Spiegel, Andreas Lipsch von PRO ASYL und Albrecht Bähr von der Diakonie in Rheinland-Pfalz wurde in den letzten anderthalb Wochen intensiv über Erfolge, Rückschläge und fortbestehende Herausforderungen diskutiert.

Integrationsministerin Anne Spiegel stellte klar: *„Wir haben in den vergangenen fünf Jahren viel erreicht: Es ist gelungen, unzählige Geflüchtete in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu integrieren, aber auch in das Bildungssystem und das gesellschaftliche Leben. Dazu haben auch die vom Integrationsministerium geförderten Deutschkurse beigetragen. All das konnte aber nur deshalb gelingen, weil sich zahlreiche ehrenamtliche und hauptamtliche Akteurinnen und Akteure der Zivilgesellschaft intensiv für geflüchtete Menschen engagiert haben. Dafür bin ich dankbar und darauf können wir aufbauen. Integration bleibt eine Daueraufgabe. Jetzt geht es darum, den Prozess der Integration zu vertiefen. Mein Ziel ist die gleichberechtigte Teilhabe der zu uns geflüchteten Menschen.“*

Andreas Lipsch berichtete von einem politischen Klima im Jahr 2015, das damals noch stark von der offenen Haltung einer Bundeskanzlerin geprägt war, die dazu aufrief, die Menschen willkommen zu heißen und ihre Integration von Anfang an zu ermöglichen. Was dann allerdings ab 2016 folgte, waren Gesetzesverschärfungen, die das genaue Gegenteil bewirkten. *„Wir haben seit 2016 ein Trommelfeuer neuer Gesetze erlebt, von denen die meisten eines zum Ziel haben, nämlich Integration zu erschweren und nicht selten sogar zu verhindern. Der Geist dieser Gesetze setzt auf Ausgrenzung und Abschreckung.“* In ihrer zunehmenden Rücksichtnahme auch auf rechte Einstellungen in der Bevölkerung verkenne die Politik allerdings, dass sie durch selbstbewusstes Handeln gesellschaftliche Einstellungen auch prägen könnte, wie es sich im Jahr 2015 gezeigt habe.

Auch Albrecht Bähr beschrieb die anfangs große Euphorie von 2015: *„Millionen Menschen waren davon überzeugt, dass wir das zusammen hinbekommen müssen und zusammen hinbekommen werden“.* Diese Überzeugung habe im Lauf der folgenden Jahre durch den Druck von rechts und die fehlende Unterstützung von den politisch Verantwortlichen Schaden genommen. Auch die rheinland-pfälzische Landesregierung sei zurückhaltender geworden. Er betonte. *„Die Menschen, die bei uns Schutz suchen, haben das Recht in einem demokratischen Land wie der Bundesrepublik mit aller Herzlichkeit, Würde und Anstrengung so begleitet zu werden, dass sie ein selbstbestimmtes Leben führen können. Und da hat man manchmal bei den ein oder anderen Zweifel ob das wirklich das oberste Ziel ist.“*

Dr. Olaf Kleist wies in seinem vorausgegangenen Vortrag darauf hin, dass der Begriff der Integration immer Nicht-Zugehörigkeit und ein Defizit bei den Menschen unterstellt, die neu hinzukommen: *„Es wird so getan als sei Integration eine individuelle Leistung. Aber Integration kann nur von Gesellschaften ausgehen, und muss deshalb auch von der Gesellschaft aus betrachtet und gewährleistet werden.“* Der Fokus auf die reinen Zahlen z.B. von Beschäftigung sei deshalb ein schlechter Indikator für Partizipation: *„Soziale Sicherheit, Wohnraum, Arbeit und Bildungszugänge sind vielmehr Voraussetzung als Gradmesser für das Gelingen von Integrationsprozessen.“*

Die Veranstalter*innen blicken zufrieden auf die teilnehmer*innenstarken Veranstaltungen zurück. Sie hoffen mit den gewonnenen Erkenntnissen einen Grundstein für die Flüchtlingsarbeit in Rheinland-Pfalz für die kommenden Jahre gelegt zu haben.

Kontakt:

Initiativ Ausschuss für Migrationspolitik in RLP | Albert-Schweitzer-str. 113-115 | 55128 Mainz
Tel.: 06131 – 287 4453 | tj@zgv.info | www.ini-migration.de | Twitter: @inimigration